

Vossische



Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends) an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärts bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreise S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungs- und Postanstalten sowie in der Haupt-Expedition und in den abendnehmend aufgeführten Filialen. Telefon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1355, 1543, 7482, 7990, für Ferngespräche Amt Zentrum 1040, 10641.

Bezugpreis: für Gross Berlin durch die Zeitungspediteure monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausserhalb Bestellsgebietes. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf. (Stellungsgesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montagsausgabe und für Reise und Wanderung 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schriftarten (Haupt-Expedition: C. S. Breite Str. 86, Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamer Str. 154, W. 50. Tauentzienstr. 7, W. 62. Luthenstr. 21, S. 14. Neue Roßstr. 18, O. 37. Holzmarktstr. 12, W. 10. Unter den Eichen 10, W. 10. Unter den Eichen 10).

Im Verlage Vossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9, Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Hermann Bachmann in Berlin.

Der Generalfreik in Belgien.

(Von unserem ständigen Korrespondenten.)

Brüssel, 23. Februar 1913.

Das wirtschaftliche Leben Belgiens steht unter einem schweren Druck, seitdem die sozialdemokratische Partei den Beginn des politischen Generalfreik zur Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf den 14. April festgesetzt hat. Auf den ersten Blick könnte eine derartige langfristige Kampfanlage den Ansehen erwecken, als handele es sich um eine bloße Komödie. Zu Wirklichkeit aber muß man in diesem taktischen Zug die Bemühungen der Führer der belgischen Sozialdemokratie und vor allem des Deputierten Vanderveelde erkennen, nichts unversucht zu lassen, um dem Vaterlande die Geschäftserneuerung zu erleichtern, die auch der kürzeste allgemeine Ausnahmestand ihm bringen muß. Die Regierung, die lediglich die Formel gefunden hat, daß sie unter dem Druck, oder besser gesagt, unter der Drohung mit dem Generalfreik in keine Beratung über die Verfassungsänderung eintreten könne, hat nur wenige unbedingte Anhänger im Lande auf ihrer Seite. Denn schon erheben sich die Vertreter von Handel und Industrie, die unter Umgehung des Ministeriums den König anzureufen, damit er wenigstens, soweit die Verfassung ihm das gestattet, auf sein Ministerium einwirke, daß es einer Partei entgegenkomme, die unterführt vom gesamten Liberalismus, die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Wahlrechts sicher unter dem Beifall der überwiegenden Mehrheit der Wahlberechtigten im Lande proklamieren. Die liberalen Blätter, die die Vertreter von Handel und Industrie, deren Ansicht es ist, Friedensvermittler zu spielen, nicht gerade sanft anfaßt, lassen fast den Verdacht offen, daß es der Regierung auf eine Kraftprobe ankomme, und daß sie vielleicht im Stillen durch den Generalfreik und sein nicht abgeschlossenes Fiasko die gewerkschaftliche Organisation der Sozialdemokratie zu zertrümmern. In der Tat ist diese auch im Verhältnis nicht so stark wie in Deutschland, denn von den belgischen Arbeitern sind in der Sozialdemokratie etwa ein Drittel organisiert, der größere Teil der verbleibenden zwei Drittel ist überhaupt nicht organisiert, und etwa ein Drittel gehören den christlichen Gewerkschaften an, die zwar Anhänger des gleichen Wahlrechts sind, die aber offenbar nur streiten werden, wenn ein gewisser Druck auf sie ausgeübt wird. Man kann aber mit ihnen nicht von Anfang an den Generalfreik rechnen, sondern erst in einem späteren Stadium. Numerisch kann man sagen, daß wenn der Generalfreik zum Ausdruck kommen sollte, sofort am ersten Tage 2 Millionen Arbeiter ausfallen, darunter allein etwa 125 000 Bergleute, von deren Tätigkeit ja bekanntlich die gesamte Schwerindustrie abhängt, sowie sämtliche Glasbläser und Glasfabrikeren und auch ein Teil der Weberinnen in Brüssel und in Gent. Von besonderer Bedeutung sind auch die Dockarbeiter im Hafen von Antwerpen und die Staatsarbeiter, die die Eisenbahn und die Post beschäftigen. Hier dürfte das große Problem liegen, das im Augenblick ungelöst ist: ob die Regierung sich auf ihre Beamten unbedingt verlassen kann. Von der Lösung dieser Frage wird nach unserer Ansicht der Erfolg oder der Mißerfolg der sozialdemokratischen Aktion abhängen.

Zednisch sind die Vorbereitungen, die die Sozialdemokratie für den Generalfreik getroffen hat, alle offenbar meisterhaft durchgeführt worden. Bis in die fernsten Gegenden von Belgien arbeiten die Komitees, die seit voriger Woche in jedem Ort Probe-Mobilisationen veranstalten, um den Streikenden Instruktionen zu erteilen. Von diesen Instruktionen ist die wesentlichste, den Erzdus der Kinder vorzubereiten, die am ersten Tage des Streiks, also am 14. April, zum Teil nach Frankreich, zum Teil nach Holland und zum Teil nach Deutschland gebracht werden sollen, wo sie bei liebevollsten Genossen während des Kampfes Unterflucht finden werden. Zu den ersten 14 Tagen des Streiks sollen keine Unterfluchtungen gezahlt werden, da für diesen Zeitabschnitt die letzte Lösung reichen soll. Von diesem Zeitpunkt ab aber tritt die Streikflotte in Kraft, die wesentliche Unterfluchtungen aus England, Frankreich und Deutschland erhalten dürfte, so daß man in eingeweihten Kreisen annimmt, die belgischen Sozialdemokraten werden mit dem, was ihnen von liberaler Seite zugesprochen wird, seitdem der Ministerpräsident de Broqueville den gesamten Liberalismus dadurch gegen sich aufgebracht hat, daß er in öffentlicher Kammerführung die Großloge Le Grand Orient in der heftigsten Weise angriff, mit einer Kriegssumme von etwa 6-8 Millionen Franken mindestens rechnen können. Das würde, wenn 350 000 Mann im Streik stehen, genügen, um den Kampf etwa sechs Wochen durchführen zu können. Daß er ernst gemeint ist, geht schon daraus hervor, daß gestern die sozialdemokratische Partei beschlossen hat, vom 14. April ab die Tätigkeit der Gewerkschaftshäuser, das heißt der Versammlungen, einzufrieren. Es wird von diesem Tage ab in keiner Maison du Peuple in Belgien mehr Alkohol verschänkt. Jedes dieser Häuser soll abends um 6 Uhr geschlossen werden und den ganzen Tag über unter einer speziellen Kontrolle befristet stehen, daß kein Fremder Zutritt zu ihnen hat, sondern nur der, der seine Streikarte vorzeigt. Hierdurch will man offenbar die Tätigkeit gewisser Spitzel lahmlegen, die jedesmal in Belgien aufreißend wirken, wenn irgendwo eine größere Streikbewegung eingeleitet hat.

Der Fernstehende beobachtet diese Vorbereitungen zu einem großen politischen Kampfe mit einem gewissen Mißbehagen, weil er sieht, wie wenig es benötigt, um einem verfallenen Volk vielleicht die schwersten Erschütterungen zu ersparen, die es seit seiner Befreiung vor 83 Jahren durchgemacht hat. Man würde den Widerstand der Regierung begreifen, wenn das Vorkurswahlrecht der Regierung gelungen wäre. Aber im Gegenteil. Es hat heute in den Reihen der Regierungspartei, und wenn sie im Augenblicke nicht zu Worte kommen, so geht es doch aus taktischen Gründen, denn offenbar hat der Liberalismus mit der Regierung den Pakt abgeschlossen, die Gesetzesvorlage gegen die Forderung der Verhinderung eines demokratischen Wahlrechts zu bewilligen. Unter diesen Umständen dürfte der Abgeordnete Vanderveelde recht haben, der vor einigen Tagen in einer Versammlung erklärte, nach seinen Informationen müsse er leider sagen, daß der Generalfreik unvermeidlich sei, denn an ein Entgegenkommen der Regierung sei vor Ausdruck des Kampfes nicht zu denken. Da der König über den Parteien steht, kann er ja trotz dieser wenig verheißungsvollen Ansicht eingreifen, um seinem Lande einen unbedingten Bürgerkrieg zu ersparen. Denn friedlich läßt sich ein Generalfreik, der mehrere Wochen dauert, unmöglich durchführen trotz aller Absichten der sozialdemokratischen Partei, die es gerne sehen würde, wenn die Tatsache: „Alle Räder stehen still“ durch sich allein wirken würde.

Die Bedrängung der Griechen durch ihre bulgarischen Verbündeten.

Das Thema ist schier unerschöpflich. Wie oft — und lange bevor die Griechen selbst sich darauf besaßen — wurde an dieser Stelle ausgeführt, daß zwar nicht das Königreich Griechenland, aber das Hellenentum als solches unter allen Umständen, außer der Türkei, der Verlierere im jetzigen Balkanhandel ist. An den Fortschritten der Türken in früheren Jahrhunderten haben sich die Griechen emporgearbeitet; wo der Turke hinkam, folgte ihm der Grieche auf dem Fuße. Mit der Rückwärtsbewegung des Osmanentums lief parallel die Bedrängung der Griechen und die Einengung ihres Aktionsgebietes. Freund und Feind der Türkei war Freund und Feind des griechisch-nationalen ökonomischen Patriarchats sowie der großen begüterten Griechenfamilien, die im Phanar ihren Sitz hatten. Die Geschichte des Niederganges des orientalischen Christentums deutet sich zum großen Teil mit der Geschichte des Niederganges des osmanischen Reiches. Was die Türken weichen müssen, erfährt das Hellenentum das Schicksal, verdrängt oder entnationalisiert zu werden. Man braucht als Beispiel nur das heutige Rumänien zu erwähnen, wo viele führende Familien, die Cantacuzene, die Maurocordato usw., obwohl sie immer noch ihre ursprünglichen griechischen Namen tragen, seit langem völlig vom Griechentum abgefallen sind. Der Balkankrieg setzt den Prozeß der Einengung des Hellenentums fort, weil der türkische Boden, der seinem Geheiß günstig war, vom slavischen Plug umgedeutet wird. Nicht genug damit wird das Griechentum diesmal auch noch in anderer Weise bedroht. Als Seefahrer erstreckten sich die Griechen im Orient eines großen Vorpostens vor den anderen Balkanvölkern, ja man kann sagen, daß sie dort überhaupt keinen Rivale hatten; ihre Handelsmarine war die erste, ihre Kriegsmarine, wenn auch klein, war bisher, außer der türkischen, die einzige. Eines der Ergebnisse des Balkankrieges wird sein, daß die Bulgaren festen Fuß an der Ägäisflotte fassen. Sie streben sogar nach dem Besitz eines Teiles der Marmararflotte. Unschwer ist voranzusehen, daß sie Anstrengungen machen werden, sobald ihre Finanzen es gestatten, eine eigene Flotte zu schaffen, um auch auf dem Meere in Konkurrenz mit den Griechen zu treten, nachdem sie sie zu Lande zurückgedrängt haben. Das sind alles böse Erfahrungen langer Menschenalter und böse Aussichten für die Zukunft. Der Fall liegt eben so, daß die Griechen den Bulgaren den Steigbügel gehalten haben und alsbald selbst den Fuß verpirren werden, der sich ihnen auf den Nacken stellt.

Zu diesem Gegenstande meldet der Draht: Konstantinopel, 25. Februar. Bei einem Besuche, den der Zuhilfenahme der ökonomischen Patriarchen abfiel, kam der Minister auf die politischen Tagesfragen zu sprechen und legte unter anderem, wie die Blätter melden, der Balkanbund für Griechenland nicht günstig, der Bund werde für den Hellenismus verhängnisvoll sein; der begangene Fehler werde in späterer Zeit gutgeheissen, wenn ein großer Teil der hellenischen Nation den nationalen Charakter, der er sich unter der Herrschaft der Türkei erhalten habe, verlieren werde; die Stimmung, welche Griechen und Muselmanen bedrohe, werde die Bewohner der besetzten Gebiete verhängen. Als der Patriarch erfuhr, warum die Türkei nicht rechtzeitig Schritte getan habe, um der Beteiligung Griechenlands am Balkanbund vorzubeugen, erklärte der Minister: „Was geschehen ist, ist geschehen. Trachten wir Türken und Griechen wenigstens danach, künftighin in Freundschaft zu leben; die Vergangenheit wird uns nach dem Frieden für künftiges Zusammenarbeiten zur Lehre dienen.“

Die Sehnsucht nach der Kriegsentfädigung.

Belgrad, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) In der Frage der Kriegsentfädigung äußert sich das heutige Regierungsbüro dazu, daß es doch ein wunderliches Ereignis des Feldzuges war, wenn die siegreichen Verbündeten nach so viel Opfern an Gut und Blut und trotz Uebernahme eines Teils der türkischen Staatsschuld sich noch des ihnen ungewisselt zustehenden Rechts auf Entschädigung begeben sollten, nur damit die Türkei nicht zu sehr geschwächt werde. Das würde bedeuten, daß die Besiegten die Sieger wären. Die Behauptung, daß die Türkei durch den Verlust ihres europäischen Besitzes finanziell zugrunde gerichtet sei, wäre ein leeres Gerücht. Diese Provinzen hätten sie immer mehr geliebt, als sie eingebracht hätten, und außerdem werde sie auch noch von ihren Schulden, soweit sie auf diesem Territorium haften, frei. Das sei eine Stärkung und nicht eine Schwächung der Türkei. Uebrigens sei es noch gar nicht ausgemacht, ob die Verbündeten auch dem strengen Recht nach verpflichtet wären, die Staatsschulden zu übernehmen. Denn Staatsschulden seien keine formelle Hypothek, die auf dem Grund und Boden laufe, und die Gläubiger, die von niemandem gezwungen worden seien, ihre Gelder anzulegen, müßten von Recht wegen eigentlich jetzt auch das Risiko tragen. Wenn die Verbündeten dennoch ihre Forderungen anerkannten, so sei dies ihr guter Wille und gelte als Rücksicht auf die Großmacht. Diese sollten aber auch dafür so einständig sein und den Verbündeten nicht die Geldentwendung eines ihnen ungewisselt zustehenden Rechts erschweren.

Die Österreichisch-russische Entpannung.

Wien, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Vorkonferenz in London dürfte am Donnerstag über die Abgrenzungsfrage Albanien noch keinen bindenden Beschluß fassen, da zwischen dem Österreichischen und dem russischen Standpunkt in dieser Frage noch große Meinungsverschiedenheiten, insbesondere wegen der Zugehörigkeit von Dibra und Dikatawa bestehen. Weiterhin herrschen jedoch die besten Intentionen für eine schließliche Verständigung. Die deutsche Regierung setzt ihre erfolgreichen Vermittlungen zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinett fort.

Direkte Verständigung zwischen Österreich und Serbien?

Belgrad, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Ausläßlich des sich hier mit Hartnäckigkeit erhaltenden Gerüchtes, daß Ministerpräsident Paschitsch von den Wiener Regierungskreisen vertraulich aufgefordert sei, zu einer Verständigung über die schwedischen Fragen persönlich nach Wien zu kommen, erklärt die „Pravda“, daß diese Reise erst möglich werde, wenn die serbische Regierung vorher Garantien erhalten würde, daß ihr Verleumdern wertvolle Zugeständnisse von dort nach Hause mitbringen werde. Sonst würde die Reise sich als eine Art Gauke nach Canova darstellen. Ich höre von unterrichteter Seite, daß auch Paschitsch selbst diese Auffassung so ziemlich teilen soll.

Deutschland und Rußland — europäische Mandatare im Sibirien-Streit.

Bukarest, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Es gilt für nahezu sicher, daß die Großmächte Deutschland und Rußland beauftragten werden, in ihrem Namen die Vermittlung zwischen Rumänien und Bulgarien durchzuführen, und daß Petersburg als Ort der diesbezüglichen Erörterungen gewählt werden wird.

Oesterreichische Friedenszuversicht.

Wien, 25. Februar. Wie die Blätter melden, autorisierte Ministerpräsident Graf Tisza die Abordnung deutsch-böhmischer Parlamentarier auf eine Anfrage über die internationale Lage, es sei begründete Hoffnung, daß in nicht ferner Zeit eine allgemeine Entspannung eintreten werde.

Bulgarisches Pfaster an griechische Wunden.

Sofia, 25. Februar. (Ag. Bulgare.) Der bulgarische Oberbefehlshaber General Sava ist der Bitte der griechischen Bischöfe von Ikonstadt und Adorou, den aus den Dörfern bei Ikonstadt geflohenen 700 Christen, die von Hunger und Kälte gepeinigt wurden, Hilfsmittel zuzuwenden, nachgegeben und hat den bulgarischen Militärbehörden sofort entsprechende Weisungen gegeben.

Sonstige Meldungen.

Sofia, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Ergänzende Meldungen vom thronischen Kriegsspiel besagen, daß überall derartige Schneeverwehungen vor-